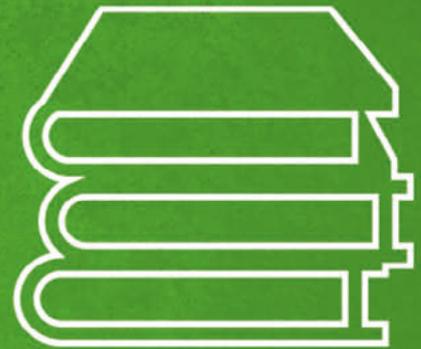


KAPITEL 04

---

# VIELFÄLTIGE BILDUNG.

---



Damit unsere Kinder fit für die Zukunft sind!

## 4. VIELFÄLTIGE BILDUNG

### Damit unsere Kinder fit für die Zukunft sind!

Viel zu viele Kinder und Jugendliche landen im Laufe ihres Bildungsweges auf dem Abstellgleis – noch immer sind die Abbruchquoten in unserem Land fast doppelt so hoch wie im Bundesschnitt. Rund neun Prozent unserer Schülerinnen und Schüler verlassen jedes Jahr die Schule ohne einen Abschluss. Damit finden wir uns nicht ab. Jedes Kind verdient es optimal gefördert zu werden.

An den Universitäten, Hoch- und Berufsschulen in unserem Land gibt es strukturelle Probleme, die endlich angepackt werden müssen. Unsere Hochschulen sollten endlich als Entwicklungsmotoren begriffen werden, die die Wirtschaft befruchten, die Zivilgesellschaft stärken und kulturelle Vielfalt vorleben. Als Innovationszentren und Arbeitgeber können sie jungen Menschen Perspektiven bieten, im Land zu bleiben statt zu gehen. Darum wollen wir die Hochschulen als Chancengeber für die Region und für die Absolventinnen und Absolventen stärken.

#### 4.1 Lernen, was wichtig ist – Lehrpläne entschlacken

Das Auswendiglernen zahlloser Fakten gilt längst als ineffizient und überholt, denn allzu oft bleibt das Wissen nur bis zur nächsten Leistungskontrolle im Kopf. Entscheidend für den Bildungserfolg ist es, die erlernten Kenntnisse anzuwenden und zu vernetzen, sowie die Kompetenz zu entwickeln, Wissen selbständig zu erwerben. Bildung bedeutet nicht nur Faktenvermittlung, sondern auch soziales Lernen und kreatives Denken. Deshalb wollen wir Raum für zeitgemäßes Lernen schaffen.

##### **Wir wollen die Rahmenpläne auf den Prüfstand stellen und:**

- mehr Lerninhalte fachübergreifend vermitteln.
- unnötige Doppelungen streichen.
- den Umfang des Faktenwissens für jedes Fach kritisch hinterfragen.
- ein flexibles Kurssystem in der gymnasialen Oberstufe schaffen, mit dem Ziel das Abitur wahlweise nach 12 oder 13 Schuljahren abzulegen.
- Lerninhalte genderneutral und kein festes Familienbild propagierend gestalten.
- ein Konzept der Mobilitätsbildung entwickeln, dass Kinder nicht nur fit für den Verkehr macht, sondern ihnen auch ihre Mitverantwortung bei der Verkehrsmittelwahl und ihre Mitgestaltungsmöglichkeiten für eine nachhaltige Mobilität der Zukunft zeigt.

#### 4.2 Unsere Schulen vor Ort erhalten

Wir wollen die Rechte der Städte und Gemeinden bei der Schulplanung stärken. Die Schließung ihrer Schule ist für viele Orte ein herber Schlag. Zudem sind die Schulwege in vielen Regionen schon jetzt zu lang und überschreiten nicht selten die zulässigen Maximalgrenzen, wie zwei von der GRÜNEN Landtagsfraktion in Auftrag gegebene Studien nachwiesen. In Mecklenburg-Vorpommern entscheiden jedoch die Landkreise darüber, ob und welche Schulen geschlossen werden. Das halten wir für falsch. Landkreise dürfen Schließungen von Grundschulen und Regionalen Schulen nicht über die Köpfe der betroffenen Kommunen hinweg verordnen – so urteilte jüngst das Bundesverfassungsgericht.

##### **Wir wollen mehr Schulen auf dem Land erhalten. Darum wollen wir:**

- das Schulgesetz so ändern, dass die Mitbestimmung vor Ort gewährleistet ist.

- die Mindest-Klassengröße für Grundschulen auf 15 Schülerinnen und Schüler senken.

---

### 4.3 Lehrkräftebedarf dauerhaft sichern

Ab 2019/2020 benötigen wir jedes Jahr mehr als 600 neue Lehrerinnen und Lehrer, um den Eintritt älterer Lehrkräfte in die Rente zu kompensieren. Zugleich verlassen jedes Jahr zahllose Absolventinnen und Absolventen mit hervorragendem Ersten Staatsexamen das Land, weil in Mecklenburg-Vorpommern zu wenige Referendariatsplätze angeboten werden. Das Land und damit unsere Schulen sind auf die kommenden zahlreichen Renteneintritte schlichtweg nicht vorbereitet.

#### Wir wollen:

- die Zahl der Studienplätze und Lehrkräfte für die Lehramtsausbildung in Rostock und Greifswald erhöhen und bedarfsgerecht steuern.
- allen Absolventinnen und Absolventen einen Referendariatsplatz im ersten Jahr nach Abschluss des 1. Staatsexamens garantieren.
- das Lehramtsstudium durch ein Schulsemester praxisnäher gestalten und im Gegenzug das Referendariat um ein halbes Jahr verkürzen.
- Lehrkräfte unterstützen, indem die Schulsozialarbeit auch über 2020 hinaus an allen Schulen im Land gesichert wird.

---

### 4.4 Ungleichbehandlung bei der Schülerbeförderung abschaffen

Im Jahr 2009 hat die Große Koalition aus SPD und CDU vielen Schülerinnen und Schüler den Rechtsanspruch auf eine kostenlose Beförderung zur Schule gestrichen. Ausgeschlossen wurde, wer die freie Schulwahl in Anspruch nimmt und eine andere staatliche oder freie Schule als die „örtlich zuständige“ besucht. Diese Ungerechtigkeit wollen wir umgehend beenden. Das Recht auf freie Schulwahl darf nicht durch finanzielle Hürden ausgehebelt werden! In Rostock und Schwerin schließt das Schulgesetz sogar alle Schülerinnen und Schüler vom Recht auf eine kostenlose Beförderung zur Schule aus. Wir wollen, dass auch in Rostock und Schwerin ab einer Mindestentfernung zur Schule das Recht auf kostenlose Beförderung gilt.

#### Wir wollen dafür sorgen, dass:

- die Fahrtkosten maximal bis zu der Höhe erstattet werden, die für den Weg zur örtlich zuständigen Schule entstanden wären.
- durch die Leistung eines geringen Eigenbetrages ein Schülerticket erworben werden kann, das unabhängig vom Fahrtgrund zu landesweiten Fahrten im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und Bahnverkehr berechtigt.

## 4.5 Rahmenbedingungen für Inklusion schaffen

Inklusion in der Schule bedeutet: Schülerinnen und Schüler mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf lernen gemeinsam in einer Klasse. Deutschland hat sich mit der Unterzeichnung der UN-Behindertenrechtskonvention verpflichtet, kein Kind wegen einer Behinderung vom allgemeinen Unterricht auszuschließen. Wir GRÜNE sind Befürworter der Inklusion. Doch dafür brauchen die Schulen die notwendige personelle, materielle und bauliche Ausstattung. Das Inklusionskonzept der Landesregierung schafft diese Voraussetzungen nicht.

Für Mecklenburg-Vorpommern ist die Inklusion eine besondere Herausforderung, denn wir weisen eine der bundesweit höchsten Förderschulquoten auf. In unserem Bundesland haben etwa 13.000 junge Menschen und damit rund 10 Prozent der Schülerinnen und Schüler einen diagnostizierten sonderpädagogischen Förderbedarf. Mehr als 8.500 dieser Schülerinnen und Schüler besuchen noch eine Förderschule.

Studien und auch Praxisbeispiele aus Mecklenburg-Vorpommern zeigen: das gemeinsame Lernen von Schülerinnen und Schülern mit und ohne Behinderungen kann ein entscheidender Schlüssel für mehr Bildungsgerechtigkeit, bessere individuelle Förderung und geringere Abbruchquoten sein. Dafür müssen jedoch die Rahmenbedingungen stimmen. Die Inklusionskonzeption der bisherigen Landesregierung ist hingegen ein heimliches Sparprogramm: sie verordnet die Schließung vieler Förderschulen, sorgt aber nicht für die notwendige bauliche und materielle Ausstattung der inklusiven Schulen. Sie verspricht zusätzliche Stellen für die Schulen – meint aber in Wirklichkeit nur eine Umverteilung längst vorhandener Stellen. Sie verspricht eine verantwortungsbewusste Inklusion – kann in parlamentarischen Anfragen aber nicht einmal sagen, wie viele Schulen zurzeit überhaupt barrierefrei sind. Wir sind überzeugt: Inklusion kann nicht zum Nulltarif umgesetzt werden.

### **Darum wollen wir für die Inklusion pro Jahr 35 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung stellen, um folgende Maßnahmen zu finanzieren:**

- 300 zusätzliche Stellen an den Schulen schaffen.
- ein Landesbauprogramm „Moderne inklusive Schulen“ für Neubauten und Sanierungen auflegen, damit alle Schulen barrierefrei zugänglich sind.
- mehr Fortbildungsangebote für Lehrkräfte anbieten, damit alle auf das Unterrichten von beeinträchtigten Kindern vorbereitet sind.
- die Inklusionspädagogik im Lehramtsstudium stärken.

Die Personalausstattung der Schulen muss ausreichen, um die individuelle Förderung aller Schülerinnen und Schüler mit ihren individuellen Stärken und Schwächen zu gewährleisten.

### **Jede Schule muss daher die Möglichkeit haben:**

- bei Bedarf zwei Lehrkräfte gleichzeitig in einer Klasse einzusetzen (Vier-Augen-Prinzip).
- Unterricht auf verschiedenen Niveaus gemäß der Leistungsstände in einer Klasse anzubieten (sogenannte Binnendifferenzierung).
- die Teamarbeit aus Lehrkräften, Inklusionspädagoginnen und -pädagogen sowie Personal mit sonderpädagogischer Aufgabenstellung zu koordinieren (Multiprofessionalität).

Die Landesregierung hat in den letzten Jahren immer neue Prozenttabellen für die Leistungsbewertung in Kraft gesetzt, die kaum noch jahrgangsübergreifende Vergleiche ermöglichen. Schulnoten allein sind in einem inklusiven System kaum noch aussagekräftig. Zwei von der Landesregierung eingesetzte Expertenkommissionen und zahlreiche Studien verweisen auf die fehlende oder gar negative Wirkung des Sitzenbleibens. In Mecklenburg-Vorpommern kosten Klassenwiederholungen etwa 10 Millionen Euro pro Jahr. Wir wollen diese Mittel für die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler einsetzen.

### **Wir plädieren gemeinsam mit Inklusionsexpertinnen und -experten:**

- für die Einführung von „Kompetenzzeugnissen“ für jedes Fach, in denen der konkrete Stand der notwendigen Fähigkeiten und Kenntnisse erfasst wird. Wie in Schleswig-Holstein erfolgreich praktiziert, soll zudem jede Grundschule durch Beschluss der Schulkonferenz selbständig entscheiden können, ob sie ab Klasse 2 Ziffernnoten vergibt oder diese vollständig durch Kompetenzzeugnisse ersetzt.
- für die Abschaffung des angeordneten „Sitzenbleibens“. Eine freiwillige Klassenwiederholung soll aber weiterhin möglich bleiben.

---

## **4.6 Gute Bildung erleichtert Integration**

Geflüchtete müssen so schnell wie möglich eine Kita, eine Schule oder – bei entsprechender Qualifikation – eine Hochschule besuchen können. Zurzeit werden geflüchtete Jugendliche jedoch oft nicht beschult, wenn sie bestimmte Altersgrenzen überschreiten. Dieses Prinzip wollen wir abschaffen, denn das Recht auf Bildung darf in diesen Fällen nicht von starren Altersgrenzen abhängen. Die Sprachförderung ist die wichtigste Voraussetzung für die Integration in Schule und Gesellschaft, für die wir mehr ausgebildete Fachkräfte benötigen.

### **Wir wollen:**

- die Kapazitäten für die Lehramtsausbildung „Deutsch als Zweitsprache“ (DaZ) erhöhen.
- berufsbegleitende „DaZ“-Fortbildungen für bestehende Lehrkräfte ermöglichen.
- Qualifikationsmöglichkeiten für Seitensteigerinnen und Seiteneinsteiger im Bereich DaZ schaffen. An allen Hochschulen des Landes sollen Lektorate „Deutsch als Fremdsprache“ eingeführt werden, an denen es möglich ist die notwendigen Kurse in Vorbereitung auf die deutsche Sprachprüfung für den Hochschulzugang zu absolvieren.
- mit Unterrichtskonzepten wie „Globales Lernen“ und „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ allen Schülerinnen und Schülern Themen wie Menschenrechte, Postkolonialismus, Rassismus, Nord-Süd-Konflikt, Interkulturalität, Nachhaltigkeit und vernetztes Denken näher bringen und ihnen so Kompetenzen für eine globalisierte Welt vermitteln.

---

## **4.7 Schulen in freier Trägerschaft nicht länger benachteiligen**

Schulen in freier Trägerschaft ermöglichen eine größere Vielfalt und einen gesunden Wettbewerb um die besten Schulkonzepte. Inzwischen besuchen elf Prozent aller Schülerinnen und Schüler eine nichtstaatliche Schule. Immer mehr Berufsschulen in freier Trägerschaft übernehmen zahlreiche Ausbildungszweige, die das Land längst aufgegeben hat. Das Land spart dadurch über zehn Millionen Euro pro Jahr.

Die freie Schulwahl darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Darum müssen die Finanzhilfen des Landes und die soziale Staffelung von Schulgeldern so gestaltet sein, dass niemand aus finanziellen Gründen vom Besuch einer Schule in freier Trägerschaft abgehalten wird.

### **Wir wollen:**

- dass die freien Schulen nicht länger von der kostenlosen Schülerbeförderung ausgeschlossen werden.
- alle Kosten staatlicher Schulen bei der Finanzhilfe für freie Schulen berücksichtigen.
- freie Schulen nicht mehr jahrelang von zusätzlichen EU- und Bundesmitteln ausschließen.
- die Finanzhilfe für berufliche Schulen, die Berufe mit Fachkräftemangel (Mangelberufe) ausbilden, erhöhen.

- Genehmigungshürden abbauen.
- eine bessere Zusammenarbeit von öffentlichen und freien Schulen für ein optimales Schulnetz.

---

## 4.8 Attraktivität unserer Universitäten und Hochschulen steigern

Die vergangenen Landesregierungen haben die Personalstellen an den Universitäten und Hochschulen von 2005 bis 2017 um rund 20 Prozent gekürzt. Über viele Jahre wurden Kostensteigerungen und Tarifentwicklungen nicht ausgeglichen. Durch die „BAföG-Millionen“ vom Bund wurden im vergangenen Jahr lediglich einige Finanzlöcher gestopft.

Rund 38.000 junge Menschen studieren an den Universitäten und Hochschulen in Mecklenburg-Vorpommern. Nur 64,7 Prozent von ihnen haben innerhalb von acht Jahren einen ersten Hochschulabschluss erlangt. Das sind rund zehn Prozentpunkte weniger als im Bundesdurchschnitt.

Bei den Lehramtsstudierenden sieht es noch schlechter aus: Nur die Hälfte verlässt die Hochschule mit einem Abschluss. Es ist belegt, dass eine bessere Betreuung der Studierenden zu höheren Abschluss- und Erfolgsquoten führt. Trotzdem hat der Bildungsminister im vergangenen Jahr eine neuerliche Kürzung beim Personal von rund drei Prozent durchgesetzt. Damit fiel fast jede vierte Personalstelle seit dem Jahr 2005 weg.

Wir wollen die Anerkennung von Abschlüssen bei ausländischen Studierenden erleichtern. Dazu gehört auch die Weiterentwicklung des Europäischen Qualifikationsrahmens, die deutliche Verbesserung des Bologna-Prozesses und die Förderung von Mehrsprachigkeit.

### Wir wollen,

- Personal- und Sachmittelausstattungen an Universitäten und Hochschulen, die gewährleisten, dass alle Studiengänge in der Regelstudienzeit abgeschlossen werden können.
- den Frauenanteil in allen Statusgruppen auf Grundlage des Kaskadenmodells Schritt für Schritt erhöhen. Nur rund 15 Prozent Frauen unter der Professorenschaft sind zu wenig.
- jede Forderung nach Einführung von Studiengebühren eine Absage erteilen.
- die Verwaltungsgebühren für Studierende endlich abschaffen.

### 4.8.1 Gute Bedingungen für Forschung und Lehre

Die Personalsituation ist in Mecklenburg-Vorpommern so prekär, dass an einigen Instituten reguläre Lehre nur noch über Lehraufträge sichergestellt werden kann. Über 900 Lehrbeauftragte geben nicht nur zusätzliche Seminare, sondern nehmen auch Pflichtprüfungen ab. Viele Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler hangeln sich mit Lehraufträgen und befristeten Stellen von Halbjahr zu Halbjahr.

### Das muss ein Ende haben, deswegen wollen wir:

- ein Ende der Kettenbefristungen und eine angemessene Bezahlung für Lehraufträge. Der „Akademische Mindestlohn“ kann nur der Anfang sein.
- studentische Hilfskräfte, die stärker in Forschungsprojekte eingebunden werden.
- Mentorenprogramme für Promovierende sowie den Ausbau von strukturierten Promotionsstudiengängen.

#### 4.8.2 Mehr Unterstützung für Studierende

Eine gute Ausbildung braucht Zeit. Studieren heißt für uns BÜNDNISGRÜNE nicht, die Schulzeit um ein paar Jahre zu verlängern, sondern individuell und frei wissenschaftliches Arbeiten zu erlernen und selbstständiges Denken weiter zu entwickeln. Studienangebote müssen mit den Lebens- und Lernbedingungen von Studierenden vereinbar sein. Wir wollen mehr Freiräume für Studierende schaffen, die sich um Kinder und Familie kümmern, ihren Lebensunterhalt verdienen müssen, einem ehrenamtlichen oder politischen Engagement nachgehen oder zeitweise im Ausland Erfahrungen sammeln wollen.

Dafür müssen wir die soziale Infrastruktur an den Hochschulstandorten dringend ausbauen. Viele wichtige Aufgaben wie Kinderbetreuung, psycho-soziale Beratung oder der Bau von bezahlbarem Wohnraum können die Studierendenwerke derzeit nur sehr begrenzt erfüllen, weil die finanzielle Unterstützung des Landes rückläufig ist. Durch die Mehrfachbelastung von Studium und Arbeit ist die Zahl der Studienabbrüche drastisch gestiegen und viele junge Menschen aus nicht-akademischen Familien schrecken vor einem Studium zurück. Die Folge sind sinkende Zahlen an Studierenden, Absolventinnen und Absolventen sowie eine zunehmende soziale Undurchlässigkeit an den Hochschulen.

#### Wir wollen die dringend benötigte Unterstützung leisten, indem:

- die Ausstattung der Studierendenwerke verbessert wird, um soziale und psychologische Beratungen sicherzustellen.
- wir die Studierendenwerke stärker fördern, um die Kinderbetreuung für Studierende sowie wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auszubauen.
- wir Zuschüsse an die Studierendenwerke zahlen, um den Ausbau und die Sanierung von studentischem Wohnraum voranzubringen.

---

#### 4.9 Berufsschulen in der Region halten

Eine gute Zukunftschance für alle Jugendlichen ist ein Gebot der Gerechtigkeit und Solidarität. Dazu gehört für uns eine gute und qualitativ hochwertige Ausbildung. Unser duales Ausbildungssystem gilt weltweit als modellhaft, gerade aufgrund des verpflichtenden schulischen Teils.

Ein erster Schritt zu einer zielgerichteten Berufs- und Ausbildungswahl ist die Berufsorientierung in der Schule. Wir fordern eine verbesserte, verbindliche Berufsorientierung durch Praktika und Berufsorientierungstage in allen Schulformen ab Klasse 7, an Gymnasien auch gleichberechtigt neben der Studienorientierung.

Wir wollen eine möglichst wohn- oder ausbildungsnahe Beschulung, denn sie hält die Fahrtzeiten und -kosten für die Auszubildenden gering und erhöht so die Attraktivität der Berufsausbildung. Wir sprechen uns deshalb gegen eine weitere Zentralisierung der Berufsschulstandorte aus und setzen uns für eine Absenkung der Mindestschülerzahl ein. Ein modulartiges Kursangebot kann dazu beitragen auch weniger häufig angebotene Berufe in den Regionen zu halten.

Fachlehrermangel ist auch an den Berufsschulen ein Thema. MV hatte 2014 nach Nordrhein-Westfalen die zweitschlechteste Lehrkräfteversorgung in den beruflichen Schulen. Der Stundenausfall war 2014 auf einem 10-Jahres-Hoch. Um den Bundesschnitt zu erreichen, brauchen wir mindestens 100 zusätzliche Lehrkräfte an unseren Berufsschulen. Wir GRÜNE setzen uns daher für eine Erhöhung der Ausbildungskapazitäten für Berufsschullehrkräfte ein. Analog zur Ausstattung der allgemeinbildenden Schulen brauchen auch die Berufsschulen sozialpädagogisches Fachpersonal, die gerade für Auszubildende in Klein- und Kleinstunternehmen eine Unterstützung bei der erfolgreichen Absolvierung der Ausbildung sein können.

**Wir werden uns dafür einsetzen, dass:**

- die verbindliche Berufsorientierung an allen Schulen ab Klasse 7 zum Standard wird.
- Berufsschulen nicht weiter zentralisiert werden, sondern möglichst flächendeckend erhalten werden und der Unterricht um Fernlernangebote ergänzt wird.
- der Pool an Vertretungslehrkräften ausgebaut wird.
- sich sonderpädagogische Förderung an Berufsschulen etabliert.
- der Unterricht in Form modularer Kurse angeboten wird.
- gezielt Berufsschullehrer und -Lehrerinnen angeworben werden.
- ein kostengünstiges Azubiticket für die Wege zur Berufsschule eingeführt wird.
- höhere Zuschüsse für Unterbringungskosten gewährt werden, wenn Auszubildende wegen der langen Wege am Ort der Berufsschule übernachten müssen.